

Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i>		V
<i>Vorwort zur 1. Auflage</i>		VII
<i>Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur</i>		XXVII
§ 1 Einführung	1	1
I. Rechtsbehelfe als Mittel zur Kontrolle des Verwaltungshandelns	1	1
1. Formlose Rechtsbehelfe	2	1
2. Förmliche Rechtsbehelfe	7	2
II. Funktionen und Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit . .	8	2
1. Grundlage, Funktionen und Tendenzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit	8	2
2. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	13	6
III. Grundsätze des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	18	7
1. Der Dispositionsgrundsatz	19	7
2. Der Untersuchungsgrundsatz und der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	20	8
a) Die Bedeutung des Untersuchungsgrundsatzes und seine Grenzen	20	8
b) Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	25	9
3. Amtsbetrieb und Konzentrationsgrundsatz	26	10
4. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs	28	10
5. Die Grundsätze der Mündlichkeit, Unmittelbarkeit und Öffentlichkeit des Verfahrens	30	11
6. Zeitgerechter Rechtsschutz	32a	11
IV. Prozesshandlungen	33	12
1. Parteihandlungen	34	12
2. Prozesshandlungen des Gerichts	43	15
a) Überblick	43	15
b) Verschiedene Urteilsarten	48	16
aa) Gestaltungs-, Leistungs- und Feststellungsurteile	48	16
bb) Prozess- und Sachurteile	50	16
cc) End- und Zwischenurteile, Voll- und Teilurteile	51	16
dd) Andere Urteilsarten	56	17
c) Form, Inhalt und Aufbau eines Urteils	57a	17
V. Der Aufbau eines verwaltungsprozessualen Gutachtens . .	58	19
1. Die Bedeutung der Sachentscheidungs- voraussetzungen	58	19
2. Prüfungsschema bezüglich der Zulässigkeits- voraussetzungen	65	22

§ 2 Die ordnungsgemäße Klageerhebung	69	23
I. Form und Inhalt der Klageschrift	71	24
II. Die objektive Klagehäufung	73	25
III. Die Klageänderung	79	26
§ 3 Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtswegs (§ 40 VwGO)	82	27
I. Allgemeines	85	28
II. Das Vorliegen einer rechtlichen Streitigkeit	89	30
1. Gnadenentscheidungen als justiziable rechtliche Entscheidungen	90	30
2. Die Justiziabilität von Regierungsakten	92	30
3. Maßnahmen im besonderen Gewaltverhältnis (Sonderstatusverhältnis) keine rechtsfreien Hoheitsakte	95	31
III. Das Vorliegen einer öffentlichrechtlichen Streitigkeit	99	32
1. Die Subordinationstheorie	100	33
2. Die Interessentheorie	102	33
3. Die modifizierte Subjektstheorie	104	34
4. Abgrenzungsfragen	112	36
a) Die Rechtsnatur des Subventionsverhältnisses	116	37
b) Die Rechtsnatur eines Hausverbotes	119	37
c) Die Rechtsnatur von Realakten	121	38
d) Die Abgrenzung von öffentlichrechtlichen und privatrechtlichen Verträgen	123	40
IV. Das Vorliegen einer nichtverfassungsrechtlichen Streitigkeit	124	41
1. Der Standpunkt der herrschenden Meinung	127	41
2. Verfassungsrechtliche Streitigkeiten als den Verfassungs- gerichten vorbehaltene Streitigkeiten	129	42
V. Das Fehlen einer Sonderzuweisung an ein anderes Gericht	134	46
1. Zuweisung an die ordentlichen Gerichte	137	47
2. Rechtsschutz gegen Strafverfolgungsmaßnahmen der Polizei	140	47
3. Rechtsschutz gegen ablehnende Gnaden- entscheidungen	142	49
4. Zuweisungen an Zweige der besonderen Verwaltungs- gerichtsbarkeit	143	50
VI. Die Zuweisungsregelung gem. § 40 Abs. 2	144	50
1. Die Zulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs gem. § 40 Abs. 2 S. 1	144	50
a) Der Aufopfungsanspruch	145	50

b) Ansprüche des Bürgers aus öffentlichrechtlicher Verwahrung	146	51
c) Schadensersatzansprüche des Bürgers aus der Verletzung öffentlichrechtlicher Pflichten	147	51
2. Sondervorschriften des Beamtenrechts	149	52
VII. Der Rechtsweg kraft Sachzusammenhangs (§ 17 Abs. 2 GVG)	150	52
VIII. Die Verweisung	155	54
IX. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis hinsichtlich rechtswegfremder Vorfragen	161	55
1. Die grundsätzliche Prüfungsbefugnis des Verwaltungsgerichts	161	55
2. Sonderproblem Aufrechnung	165	56
X. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis in Fällen mit Bezug zum Recht der Europäischen Union bzw supranationaler Organisationen	166a	57
§ 4 Die verwaltungsgerichtlichen Klagearten	171	60
§ 5 Die Anfechtungsklage	175	61
I. Die Statthaftigkeit der Anfechtungsklage	178	61
II. Der Verwaltungsakt als Gegenstand der Anfechtungsklage	182	62
1. Das tatsächliche Vorliegen des Verwaltungsakts	182	62
2. Die Begriffsmerkmale eines Verwaltungsakts	184	64
a) Die einzelnen Merkmale des Verwaltungsaktsbegriffs	187	65
aa) Die hoheitliche Maßnahme	188	65
bb) Die Behörde	189	65
cc) Das Vorliegen einer Regelung	195	66
dd) Die Einzelfallregelung	203	69
ee) Die auf unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtete Tätigkeit	212	72
b) Maßgeblichkeit von Inhalt oder Form des Verwaltungshandelns	231	78
3. Der Gegenstand der Anfechtungsklage bei vorheriger Durchführung eines Widerspruchsverfahrens	234	79
III. Die Nichterledigung des angefochtenen Verwaltungsakts	246	81
IV. Die prozessuale Geltendmachung des Vollzugsfolgenbeseitigungsanspruchs sowie sonstiger, die Aufhebung des Verwaltungsakts voraussetzender Leistungsansprüche	248	82
V. Die Prüfung der Zulässigkeit der Anfechtungsklage	252	83

§ 6 Die Verpflichtungsklage	256	84
I. Die Statthaftigkeit der Verpflichtungsklage	260	84
II. Die verschiedenen Formen der Verpflichtungsklage	263	86
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	269	88
IV. Die Abgrenzung des Anwendungsbereichs von Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	270	88
1. Drittklagen	271	88
a) Nachbarklagen	271	88
b) Konkurrentenklagen	272	89
2. Rechtsschutz nach Ablauf der Anfechtungsfrist und bei späteren Veränderungen der Rechts- oder Sachlage	278	93
3. Die Problematik der sog. „isolierten Anfechtungs- klage“	281	94
a) Die prinzipielle Unzulässigkeit der isolierten Anfechtungsklage	281	94
b) Die Ausnahmen	283	95
4. Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen	287	96
a) Meinungsüberblick	292	97
b) Rechtsschutz grundsätzlich durch eine Anfechtungs- klage	295	98
c) Rechtsschutz durch eine Verpflichtungsklage in Ausnahmefällen	299	100
d) Rechtsschutz gegen modifizierende Auflagen sowie eine modifizierende Gewährung	301	101
 § 7 Die Fortsetzungsfeststellungsklage	 306	 103
I. Die Statthaftigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage gem. § 113 Abs. 1 S. 4	309	103
1. Die Erledigung des Verwaltungsakts	310	104
2. Die Erledigung nach Klageerhebung	321	106
II. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4	322	106
1. Die Erledigung vor Klageerhebung	323	106
2. Rechtsverletzende Verwaltungsakte, deren Aufhebung ausgeschlossen ist	326	107
3. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4 auf die Verpflichtungsklage	330	110
a) Wegfall des Interesses an der Vornahme des Verwaltungsakts	331	110
b) Veränderung der Sach- oder Rechtslage in Bezug auf den beantragten Verwaltungsakt	335	111
4. Grenzen der Analogie zu § 113 Abs. 1 S. 4	337	111

III. Die Prüfung der Zulässigkeit der Fortsetzungs- feststellungsklage	339	112
§ 8 Die allgemeine Leistungsklage	343	113
I. Die Statthaftigkeit einer allgemeinen Leistungsklage	344	113
II. Die vorbeugende Unterlassungsklage als Unterfall der Leistungsklage	354	116
1. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohendes Verwaltungshandeln ohne Verwaltungsaktsqualität	354	116
2. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohende Verwaltungsakte	355	116
a) Die grundsätzliche Unzulässigkeit	355	116
b) Fälle einer zulässigen vorbeugenden Unterlassungs- klage gegen Verwaltungsakte	356	117
aa) Rechtliche oder faktische Unaufhebbarkeit eines später erlassenen rechtswidrigen Verwaltungsakts	357	117
bb) Der mit Strafe oder Geldbuße sowie mit sonstigen Sanktionen bewehrte Verwaltungsakt	361	118
cc) Der verzögerte Verwaltungsakt	362	118
dd) Drohender Erlass einer Vielzahl von Verwaltungsakten	362a	119
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der allgemeinen Leistungsklage	363	119
§ 9 Die Gestaltungsklagen	365	120
I. Die Statthaftigkeit von Gestaltungsklagen	366	120
II. Keine allgemeine verwaltungsgerichtliche Gestaltungsklage . .	370	121
§ 10 Die allgemeine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage . .	374	122
I. Die Statthaftigkeit einer verwaltungsgerichtlichen allgemeinen Feststellungsklage	377	123
1. Das Rechtsverhältnis als Gegenstand der Feststellungsklage	378	123
a) Der Begriff des Rechtsverhältnisses	378	123
b) Subjektive Rechte des Bürgers und Rechts- verhältnisse	384	125
c) Subjektive Rechte des Staates und Rechts- verhältnisse	387	126
d) Die Begründung von Rechtsverhältnissen	393	128
aa) Die verschiedenen Begründungsmöglichkeiten . .	393	128
bb) Die Begründung von Rechtsverhältnissen durch Normen und ihre Bedeutung für den Rechtsschutz gegen Normen	394	128

cc) Die Stufung von Rechtsverhältnissen	401	128
e) Vergangene und zukünftige Rechtsverhältnisse . . .	405	129
f) Die Beteiligten des Rechtsverhältnisses	409	130
2. Die Nichtigkeit eines Verwaltungsakts als Gegenstand der Feststellungsklage	411	131
II. Die Subsidiarität der Feststellungsklage	416	132
1. Der Anwendungsbereich der Subsidiaritätsklausel . . .	416	132
a) Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Fortsetzungs- feststellungsklagen	417	132
b) Subsidiaritätsklausel und allgemeine Leistungs- klage	420	133
2. Vorbeugende Feststellungsklage und Subsidiaritäts- klausel	421	134
3. Ausnahmen von der Subsidiaritätsklausel (§ 43 Abs. 2 S. 2)	422	135
4. Keine Subsidiarität bei einer Klage auf Feststellung des Nichtbestehens eines durch einen Verwaltungsakt begründeten staatlichen Anspruchs	426	135
III. Die Zulässigkeit sonstiger Feststellungsklagen	431	137
IV. Die Prüfung der Zulässigkeit der Feststellungsklage	433	137
§ 11 Die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte	437	139
I. Allgemeines	437	139
II. Die erstinstanzliche sachliche Zuständigkeit	439	140
III. Die örtliche Zuständigkeit	442	140
IV. Verweisung	444	141
§ 12 Die Beteiligungsfähigkeit	446	141
I. Beteiligte und Beteiligungsfähigkeit	448	142
1. Beteiligte	449	142
2. Die Beteiligungsfähigkeit	455	142
a) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 1	456	143
b) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 2	461	144
c) Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 3	463	145
II. Die Beiladung	464	146
1. Funktionen und Anwendungsbereich der Beiladung . .	464	146
2. Die einfache Beiladung	466	146
3. Die notwendige Beiladung	470	147
4. Die Konsequenzen der Beiladung und ihrer Unterlassung	473	147
III. Die Streitgenossenschaft	474a	148

§ 13 Prozessfähigkeit, Prozessvertretung, Postulationsfähigkeit	477	149
I. Die Prozessfähigkeit	477	149
II. Prozessvertretung und Postulationsfähigkeit	483	150
§ 14 Die Klagebefugnis	485	151
I. Allgemeines	489	152
II. Die analoge Anwendung des § 42 Abs. 2 auf die allgemeine Leistungsklage sowie auf Gestaltungs- und Feststellungsklagen	491	153
III. Die Voraussetzungen der Klagebefugnis	493	153
1. Die Geltendmachung der Rechtsverletzung	493	153
2. Die Selbstbetroffenheit des Klägers	495	154
a) Der Begriff des subjektiven Rechts	495	154
b) Die Begründung subjektiver Rechte	498	156
aa) Die Subjektivierung von Rechtsvorschriften	498	156
bb) Gegenwärtiges und unmittelbares Betroffensein als Voraussetzung einer möglichen Rechtsverletzung	502a	161
cc) Die Präklusion subjektiver Rechte	502f	162
dd) Die Begründung von Unterlassungsansprüchen	503	165
ee) Die Begründung von Beseitigungsansprüchen	506	166
c) Die sog. Adressatentheorie	510	167
d) Die Klagebefugnis bei Nachbarklagen Privater und bei Gemeindenachbarklagen	513	168
e) Die Klagebefugnis bei Konkurrentenklagen	521	173
f) Die Problematik der Verbandsklage	525	176
g) Der sog. Insichprozess	528	178
3. Klagebefugnis und das Recht der EU	531a	179
4. Klagebefugnis trotz fehlender Selbstbetroffenheit	532	181
§ 15 Die Prozessführungsbefugnis	538	183
I. Allgemeines	539	183
II. Die Regelung des § 78	543	184
1. Passive Prozessführungsbefugnis oder Passivlegitimation	543	184
2. Die Regelung des § 78 Abs. 1	547	185
3. Die Regelung der §§ 78 Abs. 2, 79 Abs. 2 S. 3	551	186
III. Die passive Prozessführungsbefugnis bei sonstigen Klagearten	554	186

§ 16 Das Rechtsschutzbedürfnis	557	187
I. Allgemeines	560	188
II. Die Abgrenzung des Rechtsschutzbedürfnisses von anderen prozessrechtlichen Instituten	563	189
1. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 43 Abs. 2 S. 1	565	189
2. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 44a	566	190
3. Die Beschränkung des vorbeugenden Rechtsschutzes gegen Verwaltungsakte	569	191
4. Die isolierte Anfechtungsklage	570	191
III. Das Rechtsschutzbedürfnis in den Fällen der §§ 43 Abs. 1, 113 Abs. 1 S. 4	571	191
1. Das berechnigte Interesse	571	191
2. Das berechnigte Interesse gem. § 43 Abs. 1	572	192
a) Allgemeines	572	192
b) Zweifelsfälle	573	192
aa) Feststellender Verwaltungsakt und Rechts- schutzbedürfnis	573	192
bb) Rechtsschutzbedürfnis wegen präjudizieller Bedeutung der Feststellung für ein zivil- gerichtliches Verfahren	578	193
3. Das berechnigte Interesse gem. § 113 Abs. 1 S. 4	579	194
a) Wiederholungsgefahr	580	195
b) Rehabilitationsinteresse bei Diskriminierung	582	195
c) Sich typischerweise kurzfristig erledigende Verwaltungsakte	583	195
d) Vorbereitung eines zivilgerichtlichen Amtshaftungs- oder Entschädigungsprozesses	585	196
e) Grundrechtseingriff	586	196
f) Verfahrensfehlerhafte, aber nicht aufhebbare Verwaltungsakte	586a	197
IV. Das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis bei Gestaltungs- und Leistungsklagen	587	197
1. Kein Rechtsschutzbedürfnis bei Erledigung des Verwaltungsakts	588	198
2. Kein Rechtsschutzbedürfnis bei Klageverwirkung, Klageverzicht und Rechtsmissbrauch	590	198
3. Sonstige Fälle fehlenden schutzwürdigen Interesses am Rechtsschutzziel	591	199
4. Fehlen eines Rechtsschutzbedürfnisses im Hinblick auf einfachere bzw effektivere Möglichkeiten zur Realisierung des Rechtsschutzes	591a	199
a) Rechtsschutz in einem anderen Rechtsweg	591a	199

b) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis bei Möglichkeit zur außergerichtlichen Durchsetzung eines Rechts . . .	592	200
c) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis wegen Möglichkeit eines Rechtsschutzes im Verwaltungsverfahren . . .	593	201
d) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis wegen anderer effektiverer Klagemöglichkeiten	594a	201
§ 17 Fehlende Rechtshängigkeit und fehlende Rechtskraft	598	202
I. Der Streitgegenstandsbegriff	601	203
1. Einführung	601	203
2. Der verwaltungsprozessuale Streitgegenstand	603	203
a) Allgemeines	603	203
b) Der Streitgegenstand der Anfechtungsklage	608	205
c) Der Streitgegenstand anderer Verfahrensarten	611	206
II. Das Fehlen einer anderweitigen Rechtshängigkeit	612	208
1. Die prozessrechtliche und materiellrechtliche Bedeutung der Rechtshängigkeit	612	208
2. Die Begründung und Beendigung der Rechtshängigkeit	614	209
III. Das Fehlen einer rechtskräftigen Entscheidung	615	209
1. Rechtskraft und Bestandskraft	615	209
2. Die formelle Rechtskraft	616	210
3. Die materielle Rechtskraft	617	211
a) Die der materiellen Rechtskraft fähigen Entscheidungen	618	211
b) Die Bedeutung der materiellen Rechtskraft	619	211
c) Materielle Rechtskraft und Entscheidungsgründe . . .	623	212
d) Materielle Rechtskraft und Veränderung der maßgeblichen Sach- und/oder Rechtslage	627	213
e) Personelle Grenzen der materiellen Rechtskraft . . .	631	214
IV. Tatbestands-, Feststellungs- und Präklusionswirkung gerichtlicher Entscheidungen	632	214
§ 18 Die Durchführung des Vorverfahrens	639	216
I. Allgemeines	642	217
1. Der Doppelcharakter des Vorverfahrens	642	217
2. Die Prüfung eines Widerspruchs	648	218
Anhang: Die Prüfung der Zulässigkeit des Widerspruchs . .	651a	220
II. Die formgerechte Einlegung des Widerspruchs	652	221
III. Die Statthaftigkeit des Widerspruchsverfahrens	655	221
1. Das grundsätzliche Erfordernis der Durchführung eines Vorverfahrens	655	221
2. Ausnahmen	656	222

3. Sonderfälle des entbehrlichen, aber zulässigen Widerspruchs	661	223
4. Widerspruchsverfahren und Fortsetzungs- feststellungsklage	665	224
IV. Die Einlegung des Widerspruchs bei der zuständigen Behörde und der Abhilfebescheid	667	225
1. Die Einlegung bei der Ausgangsbehörde	667	225
2. Die Einlegung bei der Widerspruchsbehörde	669	225
V. Die Widerspruchsfrist	672	226
1. Das Fristerfordernis der §§ 70, 58	672	226
2. Die Konsequenzen der Versäumung der Widerspruchsfrist	679	231
VI. Das Widerspruchsinteresse	682b	233
VII. Die Begründetheit des Widerspruchs	683	233
1. Die Prüfung der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des angefochtenen Verwaltungsakts	683	233
2. Die Entscheidung der Widerspruchsbehörde	686	236
VIII. Die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer reformatio in peius	687	237
1. Keine Regelung der reformatio in peius in der VwGO	691	238
2. Die Zulässigkeit einer reformatio in peius nach den Verwaltungsverfahrensgesetzen	692	239
a) Die Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde	693	239
b) Die materiellrechtliche Befugnis zur reformatio in peius	694	240
IX. Aufhebungsbefugnis der Widerspruchsbehörde bei unzulässigem oder unbegründetem Drittwiderspruch	696	240
§ 19 Die Klagefrist	700	242
I. Der Anwendungsbereich des § 74	703	243
II. Die zeitliche Begrenzung der Klageerhebung durch § 74	705	244
III. Die Klagefrist bei der Untätigkeitsklage und bei Unterlassung eines Widerspruchsbescheids (§ 75)	715	246
1. Die Zulassung einer Klage ohne Widerspruchs- bescheid bzw Entscheidung über den beantragten Verwaltungsakt	715	246
2. Die Konsequenzen einer verfrühten Klageerhebung	717	246
3. Die zeitlichen Begrenzungen der Klage in den Fällen des § 75	720	247
Anhang: Die wichtigsten Klagen und ihre Zulässigkeits- voraussetzungen	724a	249

§ 20 Die Entscheidung über die Begründetheit der Anfechtungsklage	725	251
I. Prüfungsschema: Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 1 S. 1	730	251
II. Die gerichtliche Kontrolldichte	734	253
1. Die gerichtliche Überprüfung von Ermessensentscheidungen	735	253
a) Ermessensüberschreitung	738	254
b) Ermessensnichtgebrauch	742	256
c) Ermessensfehlgebrauch	744	256
2. Unbestimmte Rechtsbegriffe und Beurteilungsspielraum	748	256
a) Die Bedeutung der Problematik	748	256
b) Keine generelle Anerkennung eines Beurteilungsspielraums	751	257
c) Keine prinzipiellen Bedenken gegen die gesetzliche Begründung von Beurteilungsspielräumen	752	258
d) Unbestimmte Rechtsbegriffe mit Beurteilungsspielraum	755	259
aa) Ausdrückliche gesetzliche Normierung eines Beurteilungsspielraums	756	259
bb) Beurteilungsspielraum wegen der organisations- und/oder verfahrensrechtlichen Stellung einer Verwaltungsbehörde	758	259
cc) Beurteilungsspielraum bei politisch bedeutsamen Verwaltungsentscheidungen	760	260
dd) Beurteilungsspielraum und Technikrecht	762	260
ee) Beurteilungsspielraum bei Prüfungsentscheidungen, dienstlichen Beurteilungen und Eignungsurteilen	763	261
ff) Zweifelsfälle	769	262
gg) Die Faktorenlehre	770	262
e) Die gerichtliche Kontrolle bei Beurteilungsspielräumen	772	263
aa) Beurteilungsausfall	772a	263
bb) Beurteilungsüberschreitung	773	263
cc) Beurteilungsfehlgebrauch	774	264
3. Das so genannte Planungsermessen	777a	264
4. Die Befugnis zur Beschränkung der gerichtlichen Überprüfung gem. § 113 Abs.3, 2 S.2	778	265
III. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung von Verwaltungsakten	782	266
1. Einführung in die Problematik	782	266
2. Die prozessrechtliche und die materiellrechtliche Dimension der Problematik	783	267

a) Konsequenzen bei Maßgeblichkeit des Zeitpunkts des Erlasses des Verwaltungsakts	784	268
b) Konsequenzen bei Maßgeblichkeit des Zeitpunkts der letzten mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht	786	269
3. Der prozessrechtlich maßgebliche Zeitpunkt	789	270
4. Die materiellrechtliche Problematik	795	273
IV. Das verwaltungsgerichtliche Urteil in der Hauptsache . . .	805	280
1. Die (vollständige oder teilweise) Aufhebung des Verwaltungsakts	805	280
a) Die Teilaufhebung bei rechtswidrigen Neben- bestimmungen	807	281
b) Ausgangs- und Widerspruchsbescheid	808a	282
2. Keine Aufhebung des Verwaltungsakts trotz subjektiver Rechtsverletzung	809	283
a) Ausschluss der gerichtlichen Aufhebung bei Fehlen eines Beseitigungsanspruchs	809	283
b) Grundsätzlich keine antragsunabhängige isolierte Feststellung der Rechtswidrigkeit	810	284
3. Die Aufhebung des Verwaltungsakts bei Anfechtungsklagen gem. § 42 Abs. 2 HS 1	810a	284
V. Das Nachholen einer Begründung und das Nachschieben von Gründen	810b	284
1. Das Nachholen einer Begründung	810b	284
2. Das Nachschieben von Gründen	811	285
a) Abgrenzung der Problematik	811	285
b) Kritik an der herrschenden Meinung	813	285
VI. Die Umdeutung von Verwaltungsakten	820	288
VII. Die Regelungen des § 113 Abs. 1 S. 2 u. Abs. 4	825	289
VIII. Nebenentscheidungen des Verwaltungsgerichts	828	290
§ 21 Die Begründetheit der Verpflichtungsklage	834	291
I. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 5	837	292
1. Die Spruchreife	838	292
2. Die Verpflichtung der Behörde zum Erlass eines Verwaltungsakts	841	292
3. Die Verpflichtung zur Bescheidung	842	293
II. Der Umfang der gerichtlichen Überprüfung	845	293
III. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung der Verpflichtungsklage	849	295
IV. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung in der Hauptsache	851	296

1. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung über den geltend gemachten Anspruch auf Vornahme des Verwaltungsakts	851	296
2. Die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Ablehnung bzw Unterlassung analog § 113 Abs. 1 S. 4	853	297
V. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 2 und des § 113 Abs. 4	855	297
§ 22 Die Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	860	299
I. Begründetheitsprüfung bei der „amputierten Anfechtungsklage“	862	299
II. Begründetheitsprüfung bei der „amputierten Verpflichtungsklage“	864	300
§ 23 Die Begründetheit anderer verwaltungsgerichtlicher Klagen	867	302
I. Die Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage	867	302
II. Die Begründetheit von Gestaltungsklagen	869	302
III. Die Begründetheit der allgemeinen verwaltungsgerichtlichen Feststellungsklage	870	303
§ 24 Die verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle gem. § 47 . . .	871	304
I. Die Rechtsnatur der Normenkontrolle	873	304
II. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Normenkontrolle . .	874	305
1. Die Antragstellung	875	305
2. Die Statthaftigkeit der Normenkontrolle	876	305
a) Die Normenkontrolle gem. § 47 Abs. 1 Nr 1	878	306
b) Die Normenkontrolle gem. § 47 Abs. 1 Nr 2	879	307
aa) Der Anwendungsbereich des § 47 Abs. 1 Nr 2 . .	879	307
bb) Verwaltungsvorschriften als Gegenstand einer Normenkontrolle	881	308
c) Ausweitung des Anwendungsbereichs der Normenkontrolle	883	309
d) Beschränkungen der Statthaftigkeit der Normenkontrolle durch die Vorbehaltsklausel des § 47 Abs. 3	885	310
3. Beteiligungsfähigkeit und Beiladung	886	310
4. Die Antragsbefugnis	889	311
a) Die Antragsbefugnis natürlicher oder juristischer Personen	890	311
b) Die Antragsbefugnis von Behörden	898	315
5. Der Antragsgegner	899	315
6. Rechtsschutzbedürfnis bzw Normenkontrollinteresse . .	900	315

a) Das Rechtsschutzbedürfnis bei einem Normenkontrollantrag natürlicher oder juristischer Personen	901	315
b) Das objektive Kontrollinteresse bei einem Normenkontrollantrag einer Behörde	912	317
7. Fehlende Rechtshängigkeit und Rechtskraft	912a	318
8. Antragsfrist	912b	318
III. Die Begründetheit des Normenkontrollantrags	913	320
1. Allgemeines	913	320
2. Die Überprüfung am Maßstab von Bundesrecht und Unionsrecht	916	321
3. Einschränkungen des Prüfungsmaßstabs	918	322
a) Die Reichweite der Vorbehaltsklausel	918	322
b) Der Inhalt der Vorbehaltsklausel	919	322
4. Die Entscheidung des OVG	922	323
IV. Prüfungsschema bei einem Normenkontrollantrag	924	325
§ 25 Der vorläufige Rechtsschutz	927	327
I. Allgemeines	935	328
II. Der vorläufige Rechtsschutz gem. §§ 80–80b	936	328
1. Der Eintritt der aufschiebenden Wirkung gem. § 80	938	329
2. Vollziehbarkeits- oder Wirksamkeitshemmung	948	330
3. Suspensiveffekt bei unzulässigen förmlichen Rechtsbehelfen	955	332
4. Die zeitlichen Grenzen des Suspensiveffekts	961	333
5. Das Entfallen der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes	962	334
a) Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten	963	334
b) Unaufschiebbarer Anordnungen und Maßnahmen von Polizeivollzugsbeamten	966	335
c) Andere Fälle	969	335
6. Die behördliche Anordnung der sofortigen Vollziehung des Verwaltungsakts	971	336
a) Rechtsnatur und Bedeutung	971	336
b) Die Rechtmäßigkeit der Vollziehungsanordnung	974	336
aa) Das Vorliegen eines gem. §§ 40, 42 anfechtbaren Verwaltungsakts	975	337
bb) Die Zuständigkeit für die Anordnung der sofortigen Vollziehung	976	337
cc) Grundsatz des rechtlichen Gehörs	977	337
dd) Die ordnungsmäßige Anordnung der sofortigen Vollziehung	978	338

ee) Das Begründungserfordernis	979	338
ff) Das Fehlen einer der Vollziehungsanordnung entgegenstehenden gerichtlichen Entscheidung gem. § 80 Abs. 5 S. 1	983	339
gg) Öffentliches Interesse und/oder überwiegendes Interesse eines Beteiligten an der sofortigen Vollziehung	984	340
hh) Ermessensausübung bei der Entscheidung über die Vollziehungsanordnung	985	340
7. Die behördliche Aussetzung der Vollziehung	986	340
a) Die formelle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung	987	341
b) Die materielle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung	988	341
8. Die gerichtliche Entscheidung über den Antrag auf Anordnung oder Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	989	341
a) Die Zulässigkeit des Antrags	990	342
aa) Das Erfordernis der Antragstellung, der deutschen Gerichtsbarkeit und des Verwaltungs- rechtswegs	990	342
bb) Die Statthaftigkeit des Antrags	991	343
cc) Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	994	344
b) Die Begründetheit des Aussetzungsantrags	999	346
aa) Unterschiede zwischen Anordnung und Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	999	346
bb) Die gerichtliche Interessenabwägung	1001	347
cc) Sonderproblem: Verfassungswidrigkeit des zugrunde liegenden formellen nach- konstitutionellen Gesetzes	1004	349
dd) Sonderproblem: Verstoß von sekundärem Unionsrecht gegen primäres Unionsrecht	1004a	349
c) Die gerichtliche Anordnung der Aufhebung der Vollziehung	1005	350
aa) § 80 Abs. 5 S. 3 als Mittel zur vorläufigen Sicherung eines Vollzugsfolgenbeseitigungs- anspruchs	1005	350
bb) Besonderheiten bei Verwaltungsakten mit Drittwirkung	1012	350
d) Schadensersatzansprüche bei Rechtmäßigkeit des ausgesetzten Verwaltungsakts	1014a	351
9. Rechtsschutz bei faktischer Vollziehung des Verwaltungsakts	1015	352

10. Der vorläufige gerichtliche Rechtsschutz des Begünstigten eines Verwaltungsakts mit Drittwirkung	1019	353
a) Allgemeines	1019	353
b) Die Zulässigkeit des Antrags	1020	354
c) Die Begründetheit des Antrags	1022	354
d) Die Sicherung der Anordnung der sofortigen Vollziehung bei faktischer Aussetzung eines Verwaltungsakts mit Drittwirkung	1023	354
Anhang: Die gerichtliche Anordnung bzw Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung sowie der vorläufige Rechtsschutz bei faktischer Vollziehung . .	1023	355
11. Der Erlass gerichtlicher Entscheidungen gem. §§ 80, 80a	1024	357
III. Der vorläufige Rechtsschutz durch die einstweilige Anordnung gem. § 123	1025	357
1. Anwendungsbereich und Formen der einstweiligen Anordnung des § 123	1025	357
2. Die Zulässigkeit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	1029	358
3. Die Begründetheit des Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	1032	359
a) Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund	1032	359
b) Der Inhalt der einstweiligen Anordnung	1034	361
Anhang: Die einstweilige Anordnung gem. § 123 . . .	1039	363
4. Die Entscheidung über den Antrag auf Erlass der einstweiligen Anordnung	1040	364
5. Schadensersatzansprüche bei ungerechtfertigtem Erlass einer einstweiligen Anordnung	1041	364
IV. Der vorläufige Rechtsschutz über die einstweilige Anordnung des § 47 Abs. 6	1042	364
1. Allgemeines	1042	364
2. Die Zulässigkeit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6	1044	365
3. Die Begründetheit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6	1045	365
4. Der Inhalt der einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6	1046	366
5. Der Erlass der einstweiligen Anordnung	1050	367
§ 26 Exkurs: Rechtsschutz bei normativem Unrecht außerhalb des § 47	1059	368
I. Die Grenzen des durch § 47 gewährten Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1062	369

II. Die verfassungsrechtliche Garantie eines Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1063	369
III. Die Verwirklichung des Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1064	370
1. Rechtsschutz durch die Anfechtung von Normvollzugsakten	1065	371
2. Rechtsschutz durch eine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	1072	372
a) Feststellungsklagen sui generis	1073	372
b) Die allgemeine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	1074	373
3. Die Schließung verbleibender Rechtsschutzlücken	1077	375
4. Rechtsschutz gegen ein rechtswidriges Unterlassen von Rechtsnormen	1081	376
5. Das Verhältnis zwischen verwaltungsgerichtlichem Rechtsschutz gegen Normen und der Rechtssatzverfassungsbeschwerde	1084	378
a) Prinzipale Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG	1084	378
b) Inzidente Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG	1085	379
IV. Vorbeugender Rechtsschutz gegen Rechtsnormen	1087	380
1. Vorbeugender Rechtsschutz gegen formelle Gesetze	1087	380
2. Vorbeugender Rechtsschutz gegenüber untergesetzlichen Rechtsnormen	1089	381
V. Der vorläufige Rechtsschutz gegen Rechtsnormen	1092	382
§ 27 Beendigung des Verfahrens ohne Sachentscheidung	1098	384
I. Allgemeines	1101	384
II. Der gerichtliche Vergleich	1102	385
III. Die Klagerücknahme gem. § 92	1106	386
IV. Die beiderseitige Erklärung der Erledigung der Hauptsache	1111	387
V. Exkurs: Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung bei einseitiger Erledigungserklärung	1115	388
1. Die Problematik einseitiger Erledigungserklärungen	1115	388
2. Die Unbeachtlichkeit des Erfolgs der ursprünglichen Klage	1117	389
3. Der Inhalt der Entscheidung	1118a	390
§ 28 Grundbegriffe des Rechtsmittelrechts	1122	392
I. Der Begriff des Rechtsmittels	1122	392
II. Allgemeine Grundsätze des Rechtsmittelverfahrens	1125	392
1. Die Einlegung des Rechtsmittels	1125	392

2. Die Rechtsmittelberechtigten	1126	393
3. Die Beschwerde	1127	393
4. Das Verbot der reformatio in peius	1130	393
5. Das Anschlussrechtsmittel	1132	394
6. Die formell inkorrekte Entscheidung	1134	394
7. Die Begründetheit des Rechtsmittels	1141	396
8. Schema für die Prüfung der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels	1143	396
III. Die Berufung	1145	397
IV. Die Revision	1147	397
V. Die Beschwerde	1150	398
<i>Sachverzeichnis</i>		399